



Niederschrift

25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 29.03.2022
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:31 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
----------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:20 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	bis 20:00 Uhr
Frau Angela Rößler	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Frau Kathrin Jackel-Neusser	SPD	
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Kerstin Sammer	CDU	
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE	

Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Herr Peter Mundt	Seniorenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
Herr Lars Eichert	CDU	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	nicht entschuldigt
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten	entschuldigt

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier

Geschäftsbereich 3

entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Tina Denninger

Herr Bernd Richter

Herr Jörg Bindheim

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

stellvertretender Leiter des Stabes Ukraine der LHP

Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Frau Uta Kitzmann

Herr Matthias Gumberger

Frau Eiken-Carina Magnussen

Frau Martina Spyra

Fachbereich Soziales und Inklusion

Fachbereich Soziales und Inklusion

Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.02.2022
- 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 4 Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
- 5 Umsetzung der Richtlinie Pflege vor Ort
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 6.2 Kostenübernahme für Verhütungsmittel
Vorlage: 22/SVV/0124
Fraktion DIE aNDERE
- 6.3 Evaluation der Umsetzung des Beschlusses 18/SVV/0043 "Mindeststandards
zum Schutz vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"
Vorlage: 22/SVV/0126
Fraktion DIE aNDERE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Potsdamer Sozialzentrum: Pro und Contra-Analyse
Vorlage: 22/SVV/0187
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 7.2 Information über die Möglichkeiten des Poolens von Assistenz in Schulen nach
dem SGB IX und VIII
- 7.3 Sachstand ASD gemäß Beschluss 21/SVV/0862

- 7.4 Entsendung eines Mitgliedes des GSWI-Ausschusses in den Beirat "Lottenhof"
8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.02.2022

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler verweist auf die Nachtrags-Tagesordnung, die aufgrund des Ausfalls von Frau Meier und Herrn Jekel erforderlich war.

Herr Adler stellt zunächst die Nachtrags-Tagesordnung zur Abstimmung. Die Nachtrags Tagesordnung wird mit 6 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

Anschließend stellt Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 15.02.2022 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mit 6 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Der Bericht des Migrantinnenbeirates liegt schriftlich vor.

Herr Mundt berichtet, dass die Wohneinrichtung in der Burgstraße 6a zu ¾ leergezogen ist. Die MK-Kliniken haben nun angeboten, die freien Wohnungen mit Möbeln zu bestücken und für Geflüchtete aus der Ukraine zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren berichtet er, dass der Seniorenbeirat aktuell stark in die Flüchtlingshilfe eingebunden ist und in der Behlertstraße 3a bei der Versorgung der Geflüchteten und ihren Kindern mit Tee, Wasser und Süßigkeiten unterstützt. Hier sind Spenden willkommen. Abschließend weist er darauf hin, dass die Vorbereitung der Seniorenwoche im Juni läuft.

Frau Dr. Denninger berichtet, dass die Steuerungsgruppe Inklusion sich mit der Umsetzung des Lokalen Teilhabeplanes 2.0 befasst. Die Handlungsfelder sollten in kleineren Treffen ausgewertet werden. Diese Treffen wurden aufgrund mangelnder Ressourcen vertagt. Es wird trotzdem an den Maßnahmenumsetzungen weitergearbeitet.

zu 4

Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

Herr Richter (stellvertretender Leiter des Stabes Ukraine der LHP) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über das Aufnahmesoll für Geflüchtete aus der Ukraine. Dabei informiert er, dass bis zum 25.03.2022 1.839 Vorsprachen in der Ausländerbehörde erfolgt sind und 1.182 Anträge nach AsylbLG im Fachbereich Soziales und Inklusion gestellt wurden. 521 Anträge wurden bis dahin bereits zur Auszahlung gebracht.

Anschließend stellt Herr Richter die Kapazitäten zur Unterbringung vor und macht deutlich, dass Bürgerhäuser nur im Notfall für die Unterbringung genutzt werden sollen, mit Verweis auf die laufende Prüfung weiterer Objekte für die Unterbringung.

Das Bürgerhaus am Schlaatz wird im geringen Rahmen im derzeit ungenutzten Bericht der ehemaligen Sauna genutzt. Das Bürgerhaus Bornim wird für den Notfall vorgehalten. Hier werden Sanitärcontainer aufgestellt. Der Bürgerhausbetrieb wird zunächst weiterlaufen.

Zwei erweiterte Gemeinschaftsunterkünfte werden in den nächsten Wochen ans Netz gehen. Das betrifft die Einrichtungen in der Zeppelinstraße und in der Pirschheide. Beide Einrichtungen werden durch Container für je ca. 50 Personen erweitert. In der Zeppelinstraße wird derzeit zusammen mit dem Jugendamt die Unterbringung von Jugendlichen geprüft. Hier gibt es bisher noch kein Ergebnis, da es aktuell noch Alternativen gibt, wie z.B. in der Pietschkerstraße und der ehemaligen Kita in Marquardt. Hier sind die Prüfungen aber noch nicht abgeschlossen.

Des Weiteren werden mehrere Standorte für die Errichtung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten mit höherwertigen Containern geprüft, um die Unterbringung im Familienverbund ähnlich wie in der David-Gilly-Straße zu ermöglichen. Hier muss aufgrund des Wertes eine Ausschreibung erfolgen. Die Unterkünfte werden voraussichtlich in einem Jahr zur Verfügung stehen. Herr Richter gibt einen Überblick über die Kapazitätsplanung und weist darauf hin, dass die Hotelkapazitäten in den nächsten Wochen in dem bisherigen Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen, da die Hotels dann ihrem Regelgeschäft nachgehen werden. Dabei macht er deutlich, dass Geflüchtete, die Verwandte in Potsdam haben, zum vulnerablen Personenkreis zählen oder der LHP zugewiesen wurden, auch in Potsdam untergebracht werden.

Herr Bindheim ergänzt, dass es ein Gespräch mit Vertretern der Regionalliga und der Bürgerhäuser gab. Frau Dr. Palenberg übernimmt Verbindung zwischen der Verwaltung und den Bürgerhäusern. Die Koordination der Ehrenamtlichen erfolgt über die AWO.

Herr Richter macht deutlich, dass die Entwicklung der Flüchtlingsströme im Land Brandenburg jetzt anders gesteuert wird, als in den ersten Tagen nach Kriegsbeginn. Dies ist auch an den Zahlen zu erkennen. Bis auf wenige Ausnahmen werden zukünftig die Geflüchteten aus der ZABH in Eisenhüttenstadt zugewiesen.

Er weist darauf hin, dass die Kapazitäten aktuell der Zahl der geplanten Zuweisungen entsprechen. Die Zahlen der Kapazitäten werden sich in den kommenden Wochen voraussichtlich positiv verändern. Des Weiteren informiert er, dass der Krisenstab zweimal wöchentlich tagt und sich mit der Lage und den Bedarfen befasst. Der Prozess wird stetig evaluiert.

Auf Nachfrage teilt Herr Richter mit, dass die Metropolis-Halle derzeit nicht mehr für die Landesnutzung geprüft wird, sondern für die Nutzung durch die LHP vorgesehen ist.

Abschließend weist Herr Richter darauf hin, dass es der LHP gelungen ist, sehr kurzfristig sehr viele Menschen unterzubringen. Die Kommunikation soll verbessert werden. Er betont auch, dass ein Anspruch an die Qualität der Unterkünfte besteht, dieser aber nicht kurzfristig umzusetzen ist.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird deutlich gemacht, dass die Bürgerhäuser auch für die Integration der ankommenden Geflüchteten wichtig sind. Dies sollte mit bedacht werden. Des Weiteren wird deutlich gemacht, dass auch die AG Asyl hier eingebunden werden muss. Dies wird von Seiten der Verwaltung zugesagt.

zu 5 Umsetzung der Richtlinie Pflege vor Ort

Herr Gumberger (Fachbereich Soziales und Inklusion) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Entwicklung der Anzahl der Pflegebedürftigen und erläutert dann den Aufbau des „Pakts für die Pflege“ sowie dessen Umsetzung in vier Säulen. Anschließend gibt er nähere Erläuterungen zu den einzelnen Säulen und beantwortete Fragen der Ausschussmitglieder.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0646

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Herr Adler weist darauf hin, dass zu dem vorliegenden Antrag zwischenzeitlich ein neuer inhaltlich gleichgelagerter Antrag vorliegt. Der Antrag 21/SVV/0646 wurde in den Ausschüssen KUM und SBWL für erledigt durch Verwaltungshandeln erklärt. Deshalb schlägt er vor, dass sich der GSWI-Ausschuss diesem Votum anschließt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **angenommen.**

Somit wird der Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt.

zu 6.2 Kostenübernahme für Verhütungsmittel

Vorlage: 22/SVV/0124

Fraktion DIE aNDERE

Frau Rößler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Magnussen (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) erklärt, dass das Recht auf Selbstbestimmung in der Familien- und Lebensplanung unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen zu betrachten ist. Die Selbstbestimmung in der Familien- und Lebensplanung sollte auch die Wahl der Verhütungsmethode beinhalten.

Sie weist darauf hin, dass im aktuellen Koalitionsvertrag bereits vorgesehen ist, dass die Krankenkasse Verhütungsmittel als Satzungsleistung erstatten und bei Geringverdienern eine Kostenübernahme erfolgen soll. Dieses Vorhaben der aktuellen Bundesregierung sollte zunächst abgewartet werden, um etwaigen Doppelstrukturen im Sinne der Umsetzung von Kostenerstattungen bei Verhütungsmitteln entgegenzuwirken. Die Bewertung eines möglichen Umsetzungsortes hinsichtlich der Bedarfsprüfung und Kostenübernahme ist demzufolge vorläufig nicht effizient, zielführend und nachhaltig.

Des Weiteren scheinen die Abläufe in den Städten, die eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln vornehmen, z.B. durch vorab notwendige Antragstellungen, als sehr hochschwellig.

Perspektivisch sollten bei dem sehr privaten und intimen Thema, wie Verhütungsmittel, niederschwelligere Angebote entwickelt werden.

Es erfolgt eine kurze Diskussion zum Antrag. Im Anschluss daran stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln zu implementieren. Dadurch sollen Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen oder Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, BaföG, BAB, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, ab dem 23. Geburtstag einen Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln ihrer Wahl erhalten. Die Kosten für Barrieremethoden (Kondom, Diaphragma, Portiokappe) sollen altersunabhängig übernommen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welcher Stelle Beratungsangebot, Bedarfsprüfung und Kostenübernahme angesiedelt werden können und welche Kosten dabei entstehen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Juni 2022 über den erreichten Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich angenommen.

**zu 6.3 Evaluation der Umsetzung des Beschlusses 18/SVV/0043
"Mindeststandards zum Schutz vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete"**

Vorlage: 22/SVV/0126

Fraktion DIE aNDERE

Frau Rößler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hussain bittet im Namen des Migrantenbeirates um Zustimmung zum Antrag. Die schriftliche Stellungnahme des Migrantenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam das Anliegen unterstützt und auch für wichtig hält. Sie weist darauf hin, dass zur Evaluation im Januar 2023 ein Zwischenbericht vorgelegt werden kann, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Situation. Aktuell steht die Versorgung und Unterbringung der aus der Ukraine Geflüchteten im Vordergrund. Sie weist auch darauf hin, dass die Evaluation auch eine bestimmte Qualität haben sollte.

Im Rahmen der Diskussion wird festgehalten, dass die bestehenden Mängel sofort abgestellt und in der AG Asyl gespiegelt und zusammengefasst werden müssen. Die Vorlage der Evaluation soll im Januar 2023 erfolgen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der „Mindeststandards zum Schutz vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete“ zu evaluieren.

Dazu soll in allen bestehenden Gemeinschaftsunterkünften geprüft werden, ob die am 31.01.2018 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen baulichen und organisatorischen Mindeststandards (18/SVV/0034) vollständig umgesetzt wurden.

In die Evaluation sind die Migrationsbeauftragte, der Migrantenbeirat, das Autonome Frauenzentrum, die Kinderschutzbeauftragte und die Betreiber*innen der Gemeinschaftsunterkünfte einzubeziehen.

Das Ergebnis soll den Stadtverordneten spätestens im ~~August 2022~~ **Januar 2023** in schriftlicher Form vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Potsdamer Sozialzentrum: Pro und Contra-Analyse

Vorlage: 22/SVV/0187

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Herr Gumberger (Fachbereich Soziales und Inklusion) stellt anhand einer Präsentation das Vorgehen, die erhobenen Bedarfe sowie die Ergebnisse der Analyse vor. Dabei geht er zunächst auf die Bedarfe ein, bei denen kein Handlungsbedarf gesehen wird. Anschließend stellt er die Handlungsbedarfe vor, bei denen Handlungsbedarf besteht und gibt dazu Erläuterungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information über die Möglichkeiten des Poolens von Assistenz in Schulen nach dem SGB IX und VIII

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) macht deutlich, dass dies heute eine erste Information ist. Sie informiert anhand einer Präsentation über die bisherigen Arbeitsschritte sowie das weitere Vorgehen. Abschließend teilt sie mit, dass es Mitte des Jahres vertiefende Ausführungen dazu geben wird.

zu 7.3 Sachstand ASD gemäß Beschluss 21/SVV/0862

Herr Gumberger (Fachbereich Soziales und Inklusion) verweist auf den Beschluss zur Prüfung der Etablierung eines Allgemeinen Sozialdienstes und

Beginn mit einem Pilotprojekt im Schlaatz. Er informiert, dass im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens eine Prozessbegleitung sowie die Erstellung eines konzeptionellen Vorschlags beauftragt wurde. Der Zuschlag dazu wurde im Januar 2022 an die SinnZwei GbR erteilt wurde. Anschließend erläutert Herr Gumberger die relevanten Herausforderungen und Hypothesen und stellt dann den Zeitplan sowie das Vorgehen vor.

zu 7.4 Entsendung eines Mitgliedes des GSWI-Ausschusses in den Beirat "Lottenhof"

Herr Bindheim erklärt, dass in den Beirat „Lottenhof“ ein Vertreter/eine Vertreterin des GSWI-Ausschusses sowie des Kulturausschusses entsendet werden soll. Weitere Vertreter in dem Beirat werden durch die SPSG, das Stadtteilnetzwerk Potsdam West sowie durch die Verwaltung entsendet.

Für den GSWI-Ausschuss sollen Frau Isabell Vandre als Mitglied und Frau Grit Schkölziger als stellvertretendes Mitglied entsendet werden.

Herr Adler bittet um Abstimmung darüber, dass Frau Isabell Vandre als Mitglied und Frau Grit Schkölziger als stellvertretendes Mitglied von Seiten des GSWI-Ausschusses in den Beirat „Lottenhof“ entsendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 8 Sonstiges

Herr Adler weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam am 31. Mai 2022 zum ersten Mal den Inklusionspreis vergibt.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 17. Mai 2022, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin